

Die bevorstehende 150-Jahr-Feier der TU gibt auch Anlaß, den grundsätzlichen Unterschied in den Bestrebungen und Motiven zu verdeutlichen, die in der ersten Phase der ungeteilten Herrschaft des Imperialismus in Deutschland zu Anstrengungen führten, der Technischen Hochschule Dresden den Status einer Universität zu verleihen. Historische Rückblicke vermitteln Gedanken und Anregungen für die Gestaltung des Neuen. Nicht zuletzt sollten Traditionen, selbst wenn sie, wie in den vorliegenden Fällen, nur aus Plänen bestehen, die nicht verwirklicht wurden, im progressiven Sinne genutzt werden. Natürlich ist der qualitative Unterschied der Periode von 1890 bis 1914 zu unserer heutigen zu beachten. Keime der wissenschaftlich-technischen Revolution entstanden, der Imperialismus befand sich in seiner ersten Phase.

Heute gestalten wir in der DDR die entwickelte sozialistische Gesellschaft. Sie ermöglicht uns, die Potenzen der wissenschaftlich-technischen Revolution voll für die Bürger unserer Gesellschaft zu nutzen.

Am 5. Oktober 1961 wurde der Technischen Hochschule Dresden der Status einer Technischen Universität verliehen. Nicht nur die große Zahl der mathematisch-naturwissenschaftlichen, technischen und gesellschaftswissenschaftlichen Institute und Fachrichtungen und der polytechnische Charakter der Technischen Hochschule Dresden bedingten den Schritt zur Universität. Als die tiefere Ursache muß die neuartige, auf sozialistischer Grundlage sich vollziehende und den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution entsprechende Integration von naturwissenschaftlichen, technischen, ökonomischen, pädagogischen und philosophischen Disziplinen angesehen werden. Wissenschaftliche volkswirtschaftliche Leitung und Planung vereinen sich mit der Entwicklung von Wissenschaft und Technik im Bereich von Lehre und Forschung.

Die Idee, die TH Dresden in eine „universitas technicarum litterarum“ zu erheben, reicht bis in die 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück.¹⁾

Bereits ein Jahr nach der Erhebung vom Polytechnikum zur Hochschule unternehmen Rektor und Senat den ersten Vorstoß. Sie wenden sich in einem Brief vom 28. Dezember 1891 direkt an den König. Das Kultusministerium zeigt nicht die nötige Aktivität, den Wünschen der Hochschulleitung nachzukommen und die beklagten Mängel zu beseitigen.

Anlaß für dieses Schreiben ist die rückläufige Tendenz bei den Studierenden der Hochschule. 1877 studieren am Polytechnikum 610 Kommilitonen, 1891/92 sind es 392. „Die Zukunft der sächsischen Industrie und aller Einrichtungen Sachsens, bei denen Technik im höheren Sinne in Frage kommt, legen uns die Pflicht auf, eine Reihe von Tatsachen dem Königlichen Urteil und der Königlichen Teilnahme darzustellen.“

Die Hochschulleitung leitet ihre Darlegungen mit der Feststellung ein, die sie an Hand der Studierendenzahlen aller damaligen deutschen technischen

Hochschulen belegt, daß die TH Dresden die dürrteste Stelle einnimmt. Nunmehr werden die Mängel angeführt, die zu diesem Zustand führten. An erster Stelle stehen die Unzulänglichkeiten in „umfangreichen Einrichtungen zu praktischen und experimentellen Versuchen auf mechanischem Gebiete“. Derartige Einrichtungen seien von den übrigen Regierungen der deutschen Staaten für ihre Hochschulen in großartiger Weise geschaffen worden. Das Kultusministerium habe den besten Willen gehabt, hier Abhilfe zu schaffen. Die Stände hätten jedoch den Etat so gekürzt, daß die Pläne für den Bau eines mechanischen Laboratoriums, die bereits vorliegen, nicht ausgeführt werden könnten. Dadurch vergrößere sich der Vorsprung der anderen technischen Hochschulen Deutschlands gegenüber Dresden.

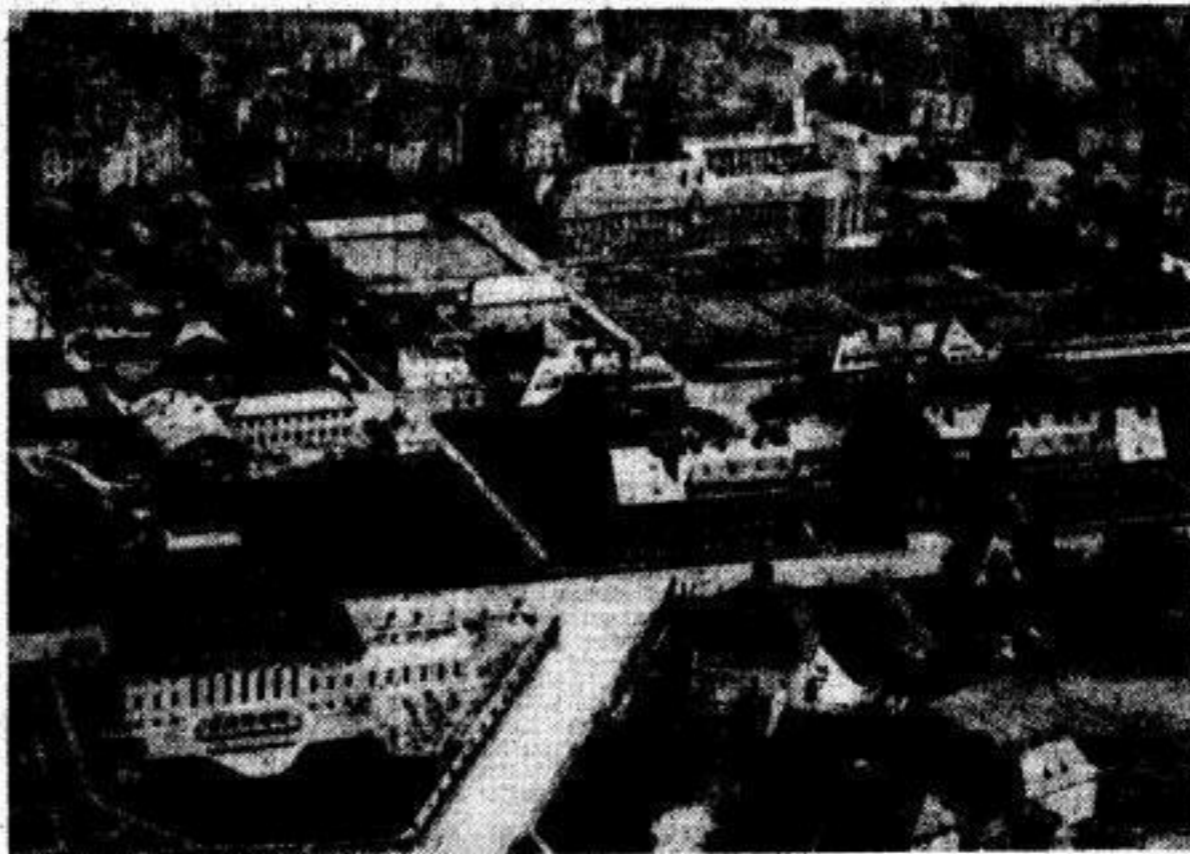
Eine weitere Ursache für den gegenwärtigen Zustand sahen Rektor und Senat in der Zersplitterung und anarchischen Zusammensetzung des technischen Schulwesens in Sachsen. Es beginnt damit, daß technische Bildungsinstitutionen verschiedenen Ministerien unterstellt sind.

Dem Kultusministerium untersteht die TH, dem Ministerium des Innern die Technische Staatslehranstalt in Chemnitz, die Kunstakademie und die Tierärztliche Hochschule in Dresden, dem Finanzministerium die Bergakademie in Freiberg und die Forstakademie in Tharandt. Diese Zersplitterung sei durch „technische und geistige Kommunikationsmittel“ längst überholt. „Die ungeahnte riesenhafte Entwicklung des technischen Wissens und Könnens, die während der vergangenen 30 bis 50 Jahre erfolgt ist“, macht zukünftig kleine Akademien unmöglich. Die Zersplitterung in den Einrichtungen führt notwendigerweise zur Zersplitterung der Ausgaben.

Die finanziellen Anforderungen, die die Wissenschaft um ihrer und der Industrie Fortentwicklung willen an den Staat stellen muß, können bei einem derartigen Zustand nicht mehr befriedigt werden. Als Beweis wird der Hochschulrat des Polytechnikums in Zürich angeführt. Legt man die Mittel zugrunde, die Sachsen 1892/93 für das technische Schulwesen aus gibt, so erhalten die TH Dresden 40,8 Prozent und das Polytechnikum in Zürich dagegen 53 Prozent. Die Briefschreiber sehen die Ursachen darin, daß die TH Dresden über ein um rund 13 Prozent niedrigeres Etat als die gleichwertige Züricher Bildungsstätte verfügt, in einer Zersplitterung der Mittel.

Fünf höhere technische Bildungsinstitutionen teilen sich in Sachsen den Etat. An der Summe von 872 435 Mark sind außer der TH Dresden die Technischen Staatslehranstalten in Chemnitz mit 27,1 Prozent, die Bergakademie Freiberg mit 10,7 Prozent, die Forstakademie Tharandt mit 8,9 Prozent und die Kunstakademie in Dresden mit 12,5 Prozent beteiligt. Aus diesem Grunde fordern Rektor und Senat die Vereinigung der Technischen Hochschule Dresden, der Bergakademie, der Forstakademie und der Landwirtschaftlichen Schule zu einer Technischen Universität Dresden.

Aus der 150jährigen Geschichte der TU Dresden (14)



Luftbild der Technischen Hochschule Dresden aus den 20er Jahren. Im Vordergrund die Mommsen-/Ecke Döberstraße mit dem Frits-Foerster-Bau und der heutigen Alten Messe. Foto: Deutsche Fotothek Dresden

Erste Projekte blieben Utopie

Ideen und Bemühungen um die Jahrhundertwende zur Gründung einer Technischen Universität in Dresden

Eine Dokumentation von Dr. Werner Klaus, Sektion 02

Gestützt wird diese Forderung noch mit dem Hinweis, daß drei Ministerien entsprechende Einrichtungen für die Durchführung von Lehrveranstaltungen in Elektrotechnik an der TH, an den Technischen Staatslehranstalten und an der Bergakademie geschaffen haben. Trotzdem liegen die Ausstattungen weit hinter den Schwesterinstituten zum Beispiel Darmstadt und Stuttgart zurück. Deshalb muß auch auf dem Verwaltungssektor das gesamte technische Schulwesen dem Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts unterstellt werden.

Zum Schluß werden die Vorzüge der vorgeschlagenen Neuordnung ange-

führt. Alle Vorlesungen in den theoretischen und praktischen Grundfächern zum Beispiel können von allen Studenten gleich gehört werden. Es können mehr Studenten von einem zahlenmäßig geringeren Lehrkörper betreut werden. Die allgemeine wissenschaftliche Abteilung kann sich dadurch voll entfalten.

Dieser Brief löst eine rege Tätigkeit in den von diesem Vorschlag betroffenen Ministerien aus. Gutachten werden vom Kultusministerium von Prof. Zerner, der den Vorschlag von Rektor und Senat ablehnt, und über das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten

von den Regierungen Preußens, Bayerns, ja sogar Österreich-Ungarns eingeholt. Selbstverständlich nehmen die beiden betroffenen Ministerien Stellung. Beide lehnen natürlich aus Ressortgründen ab. Die Angst vor einer „Hochflut geistigen Proletariats“ gibt ihnen Ablehnungen die politische Note.²⁾

Mit Besorgnis wird vermerkt, daß eine „wachsende Zahl von Männern mit Hochschulbildung unter den Agitatoren und Redakteuren der Sozialdemokratie“ zu finden sind. Um gewissermaßen den Ernst der Lage für die herrschenden Klassen zu kennzeichnen, wird aus der „Sächsischen Arbeiter-

Zeitung“, Nr. 104, vom 29. VIII. 1900 folgender Satz zitiert: „Die Überfüllung der gelehrten Berufe werde einst die Geburtwehen der alten (?) Gesellschaft wesentlich erleichtern.“

Nachdem sich das Kultusministerium solcher Gestalt gewappnet hat, verfaßt es am 24. Dezember 1892 für den König eine abschließende Stellungnahme.³⁾ In der Einleitung werden alle Faktoren, die den Senat zu seiner Eingabe veranlaßten, gedrängt wiedergegeben. Danach folgt die Begründung für die selbstverständliche Ablehnung des Projekts. Es wird zugegeben, daß es notwendig ist, die Frequenz der Studierenden zu erhöhen. Das kann aber kaum durch eine neue Organisation und Resortveränderungen erreicht werden. Das Ministerium führt den Rückgang der Studierendenzahlen auf die wirtschaftliche Lage zurück. Es wirkt das „wirtschaftliche Gesetz über das Verhältnis von Angebot und Nachfrage“. Es bestimme das Frequenzverhalten. Das Ministerium bestätigt damit ungewollt die marxistische These, daß im Kapitalismus alles Warencharakter annimmt und daß demzufolge der Kopf wie der Handarbeiter mit seiner Arbeitskraft den Gesetzen der kapitalistischen Warenproduktion unterliegt.

Eine Universität, in der die technischen und allgemeinen Wissenschaften vertreten sind, brauche nicht begründet zu werden. Dann wäre die bestehende Landesuniversität nur in den technisch-wissenschaftlichen Fächern auszubauen. Das ergäbe den Vorteil, die Allgemeine Abteilung an der TH auflösen zu können. Die politischen Argumente gegen den Universitätsplan, die die Kollegen aus dem Innen- und Finanzministerium ins Treffen führen, dienen dem Kultusministerium, das Projekt endgültig zu Fall zu bringen. Der Kultusminister schlägt vor, alles beim Alten zu lassen.

Welche Bedeutung kann man dem ersten Universitätsprojekt beimessen? Rektor und Senat streben eine Organisation des Wissenschafts- und Lehrbetriebes an, wie er sich in den USA bereits abzeichnen beginnt. Damit eilen die Vertreter der Hochschulleitung weit über die deutschen Verhältnisse hinaus. Die im Grunde partikuläre Struktur und die überreste feudalaristokratischer Anschauungen, die sich in Sachsen unter anderem auch in dem mehrteiligen Unterstellungsverhältnis im technischen Schulwesen widerspiegeln, geben keinen Raum für so kühne Projekte. Deshalb scheitert auch die sehr berechtigte Forderung nach Zentralisation des technischen Schulwesens und Konzentration der Mittel. Andererseits ist der Druck der Produktivkräfte noch nicht stark genug, um den Schritt zur „universitas technicarum litterarum“ objektiv zu erzwingen. Die herrschenden Klassen und ihr Staat können ihre Ziele noch mit den traditionellen technischen Bildungseinrichtungen realisieren.

(Fortsetzung folgt)

Quellenangabe:
1) Die Ausführungen stützen sich auf Akten, die im Staatsarchiv Dresden, Min. f. Volksb., Nr. 15 136, Blätter 24 bis 66, vorhanden sind.
2) Ebenda, Blatt 127.

Der „Modellfall CSSR“ und sein Flasko (5)

Synchron mit dem Aufbau einer „Fünften Kolonne“ in der CSSR liefen die speziellen geheimdienstlichen Vorarbeiten für eine militärische Invasion und für den dazu erforderlichen Aufmarsch der NATO-Truppen an den Grenzen der CSSR.

Schon lange war der süddeutsche Raum eines der Hauptaufmarschgebiete der NATO für verschiedene Varianten ihrer Strategie – sei es für den ersten Schlag gegen die Südflanke der DDR oder aber frontal gegen die CSSR. Hier ist die stärkste Stoßgruppierung des NATO-Kommandobereichs Europa Mitte untergebracht. In diesem Raum standen insgesamt 11 gefechtsbereite Divisionen der NATO-Landstreitkräfte und zwar 5 Bundeswehrdivisionen (von 12), darunter eine Gebirgs-, eine Luftlande- und eine Panzerdivision, 4 USA-Divisionen (von den 5 in der BRD stationierten), darunter eine Panzerdivision, sowie zwei französische Divisionen.

Außerdem ist die 4. Taktische NATO-Luftflotte in diesem Raum disloziert, deren Kern die Luftwaffengruppe Süd der Bundeswehr bildet.

Diese umfaßt ihrerseits die Masse der fliegenden Verbände der BRD-Luftwaffe.

Im Sommer 1968 wurden die generalstabmäßigen Vorbereitungen forciert, um bis zum Herbst die im süddeutschen Raum konzentrierten Verbände invasionsbereit zu machen. Diesem Zweck diente das schon erwähnte Manöver „Schwarzer Löwe“, das zeitlich mit dem von den Rechten geplanten Parteitag der KPdSU abgestimmt werden sollte. Für das Manöver waren vorgesehen: insgesamt mehr als 42 000 Mann mit 13 000 Bäderfahrzeugen, 1 600 Kettenfahrzeuge und 300 Kampfflugzeuge.

In dieser NATO-Gruppierung stellte die Bundeswehr für die erste Staffel fast 90 Prozent der Land- und 100 Prozent der Luftstreitkräfte.

Da die im Juli erfolgte Verlegung des Manövergebiets nach südwesten unwesentlich die Aufmarschlinie der Verbände für ein Eingreifen in der CSSR geändert hätte, ist diese Maß-

Die Rolle des Geheimdienstes in der konterrevolutionären Strategie des BRD-Imperialismus

15. Folge

Auszugsweiser Nachdruck aus „Nicht länger geheim“ mit freundlicher Genehmigung der Autoren Albrecht Charisius und Julius Meder sowie des Militärverlages der DDR. Die Auswahl und Zusammenstellung besorgte Dr. Werner Strecke.

nahme als Täuschungsaktion zu werten. Die Manövertruppen waren offen darauf vorbereitet worden, den unterstellten Experten der Konterrevolution und deren „stille“ Machtergreifung durch eine massive militärische Demonstration von außen abzusichern. Die Anlage des Manövers deutete darauf hin, daß die Truppen auf eine mi-

der imperialistische Operationsplan zum Export der Konterrevolution durchkreuzt werden.

Das Zentralkomitee der KPdSU schätzt ein, daß der Einzug der verbündeten Truppen in die Tschechoslowakei ein Akt der internationalen Solidarität war, „der den gemeinsamen Interessen der tschechoslowakischen Werktätigen, der internationalen Arbeiterklasse, der sozialistischen Gemeinschaft, wie auch den Klasseninteressen der kommunistischen Weltbewegung entspricht. Diese internationale Aktion rettete Tausenden Menschen das Leben, sicherte die inneren und äußeren Bedingungen für ihre friedliche und ruhige Arbeit, festigte die Westgrenze des sozialistischen Lagers und verzeigte die von den imperialistischen Kreisen geplante Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkriegs.“¹⁾

Durch Zeitpunkt, Tempo und Präzision der militärischen Hilfsaktion überrascht und völlig in die Enge getrieben, versuchten die Planungs- und Führungsstäbe der NATO, gestützt auf das für den „Krisenfall“ gedachte Verbindungsnetz der Geheimdienste, wenigstens einzelne Elemente des „verdeckten Krieges“ zu praktizieren, wengleich das erst für einen späteren Zeitpunkt geplant war. „Nach dem 21. August 1968 riefen die konterrevolutionären Elemente in der Tschechoslowakei Chaos, Zersetzung, einen Zustand dauernder Spannungen und Unruhe hervor.“

Die Rechten in der KPdSU inszenierten am 22. August 1968 einen illegalen Parteitag in Prag-Vysocany, beschlossen eine antisowjetische Plattform und versuchten die Bevölkerung der CSSR auf ihre Seite zu bringen. Das entsprach den NATO-Plänen.

Die Subversionszentralen in der BRD arbeiteten darauf hin, in der CSSR einen Bürgerkrieg zu entfachen und die Truppen der verbündeten sozialistischen Armeen hineinzuziehen. Am 22. August 1968 bildete der Kommandierende General des II. Korps, Generalleutnant Thilo, auf Weisung des Generalinspektors der Bundeswehr den sogenannten „Arbeitsstab Wenzel“ mit der Aufgabe der „Aufrechterhaltung technischer Verbindungen zur Tschechoslowakei“.

Der „Arbeitsstab Wenzel“ und die Stäbe der ihm unterstellten Einheiten

sowie ihre wichtigste Technik wurden auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr, dem nunmehr geplanten Raum für das Manöver „Schwarzer Löwe“, stationiert. Von hier aus nahmen gemischte Einsatzgruppen im Zusammenwirken mit denen des BND mit transportablen Sendern und Funkgeräten ihre Tätigkeit in Richtung CSSR auf. Sie sollten die konterrevolutionäre Untergrundorganisation in der CSSR zu aktiven Handlungen ermuntern und anleiten.

Offen oder verschlüsselt wurde mit mehr als 100 „Krisenfunkern“ in der CSSR Funkverkehr unterhalten: Ein Teil der „Informationen“ ging sofort den Konterrevolution schützenden Rundfunkstationen und „Radio Free Europe“ zur Auswertung zu.

Unsere Antwort: Beste Studienleistungen

Wir sind zutiefst beunruhigt über die wachsende neonazistische Gefahr und reaktionäre Entwicklung in der BRD, die in vielen Ländern ebenfalls mit großer Besorgnis wahrgenommen wird. Alarmierend ist unter anderem die Bereitschaft der BRD-Regierung, gegebenenfalls auch die Neutronenbombe in der BRD zu stationieren, jene Bombe, als deren Vorteil zynisch angegeben wird, sie würde nur Menschen und andere Lebewesen vernichten.

Dieser dem Imperialismus immanente Charakter der Menschenfeindlichkeit zeigt sich auch in der immer stärkeren Beschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten. Im Gegensatz zum Kriegsverbrecher Kappler, der den vollen Schutz der Behörden genießt, werden aufrechte Demokraten mit Berufsverboten belegt. Die sogenannten Gesinnungsüberprüfungen richten sich bereits gegen 1,3 Millionen BRD-Bürger. 4 000 Demokraten erhielten bisher Berufsverbot.

Die Perspektivlosigkeit des Imperialismus ist auch in der immer größeren Zahl des Arbeitslosenheeres erkennbar. Während wir in unserer sozialistischen Gesellschaft eine gesicherte Zukunft haben und diese verantwortlich mitgestalten, wird die Arbeitslosigkeit besonders der Jugendlichen in der BRD immer bedrohlicher.

Unser Streben nach besten Studienergebnissen und unsere aktive gesellschaftliche Tätigkeit sind daher unser Beitrag für die weitere Entwicklung unserer sozialistischen Heimat und für die Unterstützung der fortschrittlichen Kräfte der BRD in ihrem Kampf für Frieden, Entspannung und sozialen Fortschritt.

Die FDJler der Seminargruppe 76/16/03

